

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 25 Goldpfennig
Einzelaummern 15 Goldpfennig (nur gegen Voreinsendung
des Betrags)

Verantwortlicher Schriftleiter: Felix Kammmer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Altestraße 16
Fernsprecher Nr. 8800 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Der Lichtstrahl von England

In der Neujahrnummer der Rheinischen Zeitung von 1849 untersucht Karl Marx die Ursachen des Verfalls der revolutionären Bewegung des Jahres 1848, wobei er zu dem Schlusse kommt: „England scheint der Fels, an dem die Revolutionen scheitern, das die neue Gesellschaft schon im Mutterchoß ausküngert. Eine Ummwälzung der nationalökonomischen Verhältnisse in jedem Lande des europäischen Kontinents, auf dem gesamten europäischen Kontinent, ohne England ist der Sturm in einem Glase Wasser... Das alte England wird nur gestürzt durch einen Weltkrieg, der allein... der organisierten Arbeiterpartei die Bedingungen zu einer erfolgreichen Erhebung gegen ihre riesenhaften Unterdrücker liefern kann. Die Chartisten an der Spitze der englischen Regierung — erst mit diesem Augenblick tritt die soziale Revolution aus dem Reiche der Utopie in das Reich der Wirklichkeit.“

Ohne die Chartisten an der Spitze der englischen Regierung, sagt Karl Marx, ist die soziale Revolution in Europa eine platte Unmöglichkeit. Was unser Altkaiser so als die Voraussetzung des Gelingens einer europäischen Ummwälzung hält, ist am 21. Januar Tatsache geworden: Die „Aristokratie des Blutes“, die wechselt mit der „Aristokratie des Geldes“ Großbritannien zu überaus vorteilhaft für den kapitalistischen Geldbeutel regierte, hat der Arbeiterpartei Platz machen müssen. Die Nachfolger der Chartisten, die Sozialisten und Gewerkschafter, regieren in Westminster. An der Spitze des mächtigsten der Weltreiche eine Arbeiterregierung! Und sie ist tatsächlich, wie es Marx voraussagte, durch einen Weltkrieg ins Amt gekommen.

Kein Zweifel, die Übernahme der britischen Regierung durch die Arbeiterpartei ist ein revolutionäres Ereignis erster Größe. Selbst wenn ihr Dasein kurz und ihre Taten wenig zahlreich blieben, würde sie Spuren hinterlassen, die gegenwärtigen reaktionären Händen schwerlich gelingen dürfte. So ziemlich die gleiche Meinung tritt einem zwischen den Zeilen der internationalen Presse entgegen. Vornehmlich die von Übersee einlaufenden Zeitungen sind weit entfernt, in dem Wechsel einen bloßen Kabinettswechsel zu sehen, sie meinen vielmehr, daß dies ein Systemwechsel von ungeheurer Tragweite für die Weltpolitik mit ihrem Drum und Dran sein könne, nein sein werde. Die umfangreichen und ersten Betrachtungen der fremdlandischen Blätter lassen erkennen, daß Regierungen, Parlamente und Politiker dabei sind, ihr Tun und Streben im Lichte des Londoner Wechsels zu prüfen und man in den Kontoren der Hochfinanz den Einfluß der Politik der neuen Arbeiterregierung auf das Geldgeschäft erwägt, daß die Eingeborenen von Indien, von Ägypten, von Afrika den Amtsantritt der Arbeiterpartei wie eine Glucksverheißung betrachten und daß von den Industriestädten der Welt Millionen Augen die Tätigkeit der Massengeduldigen Regierung hoffnungsvoll verfolgen.

Recht bemerkenswert ist, daß die neue Arbeiterregierung von der übergroßen Mehrzahl der Zeitungen, der kapitalistischen wie der proletarischen, ernst gewürdigt und ihr Programm wider Erwarten sachlich besprochen wird. Solch häßliche Bemerkungen und Beugungsimpulse, womit in Deutschland eine Arbeiterregierung bedacht wird, sind nicht zu entdecken. Die britische Arbeiterregierung gebietet Respekt! Wir haben somit den recht seltenen Fall, daß eine Regierung oder die sie tragende Partei in der Weltöffentlichkeit eine Achtung genießt oder einen Einfluß ausübt, der weit über ihr zahlenmäßiges Gewicht hinausgeht. Der Fall ist ebenso merkwürdig wie lehrreich, besonders für uns deutsche Arbeiter. Die Selbstkenntnis hat übrigens schon verschiedene Seiten beschäftigt. Sie erklären sie vor allem mit der Kühnheit der Arbeiterpartei, in dieser schwierigen Stunde trotz der zahlenmäßigen Unterlegenheit die Verantwortung nicht zu scheuen. Obwohl die Partei bloß 30,9 v. H. der Wählerstimmen und nur 31,2 v. H. der Abgeordnetenstimmen hat, ist es ihr nicht eingefallen, etwa aus Angst vor der eigenen Courage auf das — ungeschriebene — Recht der Regierungsbildung zu verzichten und hat, obwohl Minderheitspartei, eine Koalition nachdrücklich zurückgewiesen.

Zu der Kühnheit als werbende Kraft fügt sich die Charakterfestigkeit und Grundhaftigkeit der hervorragendsten Köpfe. Sie sind unbelastet von der Kriegspolitik. Sie haben den Krieg rücksichtslos bekämpft und sich darin weder von nationaler Propaganda noch von politischen Zweckmäßigkeiten betören lassen und für ihre sozialistische Überzeugung Stellung, Freiheit und Leben aufs Spiel gesetzt. Daß ihre Haltung nicht bloß die menschlichere, sondern auch in jedem Betracht die vernünftiger war, bekräftigt ihnen heute alle Welt. Eine Partei, die von Männern geleitet wird, deren politischer Verstand sich in der Stunde der großen Versuchung — der auch so viele erlagen — weit überlegen gezeigt und deren Überzeugung dem mordpatriotischen Sturm getrotzt, hat ganz naturgemäß einen ihr Stimmengewicht übersteigenden öffentlichen Kredit. Einer solchen Partei zumindestens einen Versuch mit der Staatsleitung machen zu lassen, mögen zahlreiche Bürger wünschen, die mit ihren politischen Bestrebungen nicht ganz einig gehen.

Daß die britische Arbeiterregierung gleich nach ihrem Amtsbeginn kräftig in die Saiten griff, konnte der aufmerksame Beobachter schon an einigen Wendungen der französischen Regierung in Sachen der Ruhr- und Rheinpolitik wahrnehmen. Die englischen Arbeiterminister haben früher neben manchem ähnlichen die Abschaffung der Geheimdiplomatie, Beendigung der Kriegsrüstungen als auch „Gerechtigkeit und guten Willen“

für das viel geschundene und gebrandschaltete Indien verlangt. Ans Staatsruder gekommen, haben sie, ihre Forderungen erfüllend, mit der Veröffentlichung der Berichte der Kabinettsitzungen, der Einstellung des Baues des Kriegshafens von Singapur und mit der Freilassung der eingekerkerten Führer der indischen nationalen Bewegung Ganahit begonnen. Diese Dinge sind ohne irgendwelches Aufheben getan worden. Die Handlungsweise der englischen Minister könnte ihren parteigenösslichen Kollegen eines andern Landes sehr zum Vorbild dienen, die von Sozialisierung, Abrüstung, von der vermaledeiten Geheimdiplomatie laut und viel redeten — die Taten aber noch zu vollbringen haben.

Mit wohlwollender Promptheit hat die englische Arbeiterregierung die Sowjetregierung anerkannt. Auch wenn die praktischen Vorteile der Anerkennung auf sich warten lassen sollten, so bleibt sie doch eine Handlung von gewaltiger wirtschaftlicher und weltpolitischer Tragweite. Zuverlässig ist das eine gewiß, daß aus der Annäherung der Arbeiterregierungen der zwei Reiche ein besseres Verhältnis ihrer arbeitenden Schichten und ein Emporblühen des wechselseitigen Handels und Wandels spricht. Was Frankreich und Amerika nicht liefern wollten, Deutschland nicht liefern konnte, Kredit und Kapital, nämlich, mag fortan von England besorgt werden. Erst die genügende Versorgung mit den beiden unerläßlichen läßt Rußland hoffen, seine schwere wirtschaftliche Krise zu mildern, eine Not, die in sehr hohem Grade in der Kapitalarmut der Industrie, ihrer technischen Verschlossenheit und in der daraus entspringenden Leistungsunfähigkeit begründet ist. Mit der Gründung der russischen Wirtschaft bekommt auch der Rätefact einen solideren Unterbau, anderwärts wächst für hunderttausend Millionen Menschen die Aussicht auf einen lichten Lebensabend. Die Hauptfrage aber ist, daß durch die englische Anerkennung Sowjetrußland aus seiner Isoliertheit herauskommt und in den wirtschaftlichen Kreislauf Europas hineingezogen wird, eine Wandlung, die für die weltliche Industrie mehr Aufträge, für die europäischen Arbeiter mehr Beschäftigung heißt. Mit der Teilnahme der russischen Wirtschaft am Weltmarkt zeigt sich erst eigentlich die Möglichkeit einer wirklichen Gesundung Europas. Denn daß dieses nicht blühen und gedeihen kann, wenn das ausgebeutete Land mit seinen wimmelnden Millionen von Krisen, Not und Stürmen heimgesucht ist, wird von keinem Vernünftigen mehr bestritten.

Im Unterton der arbeiterteilichen Segner klingt die Ansicht, die neue Regierung werde von kurzer Dauer sein; selbst wenn sie keine groben innerpolitischen Fehler mache, werde ihr das Verhältnis zu Frankreich, woran die Staatsweisen der alten Parteien ihre Kunst vergeblich geübt, bald zum Verhängnis werden. Die Propheten dürfen sich irren. Es sind zur Stunde mehr Umstände zu sehen, die für ein langes, als solche, die für ein kurzes Leben sprechen.

Der stille Wunsch, die sozialistischen Minister möchten Dummheiten, nämlich wilddemokratische Versuche begehen, wird ein frommer bleiben, dafür bürgt ihr praktischer angelsächsischer Sinn. Ihre Tätigkeit wird im Gleichklang mit der Stärke des sozialistischen Gehaltens ihres Landes bleiben, das heißt, das Tempo ihrer Politik wird maßvoll, aber stetig sein. Sie vertreten die Meinung, langsame, steter Fortschritt führe mindestens ebensoweit, wie sprunghafte Vorstöße, die mit Not, mit Stillstand zum Kräfteverfall verbunden sind. Gewagte Experimente stehen nicht im Programm der neuen Arbeiterregierung. Sie hat, um mit Marx zu reden, keine Ideale zu verwirklichen, sondern nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoß der zusammenbrechenden Bourgeoisiehererrschaft entwickelt haben. Die Freisetzung der Elemente wird auf praktische Weise und ohne große Worte geschehen, wie das folgende Beispiel bezeugt:

Wohl die dringendste der innerenglischen Aufgaben ist die Beseitigung der Wohnungsnot. Sie hat einen fürchterlichen Umfang angenommen. Die alte Regierung, die kapitalistische, konnte unter anderem deswegen die Not nicht bannen, weil sie die Profitquelle der Grundbesitzer und Vamberrn nicht antasten durfte. Die Arbeiterregierung braucht solche Rücksicht nicht zu nehmen; sie wird infolge dessen die reichen Kräfte, die im Proletariat bereitstehen, für das gewaltige Werk nutzen. Eine halbe Million Häuser ist erforderlich. Die neue Regierung ist dabei, die billiger arbeitenden Genossenschaften der Bauhandwerker von den rechtlichen Hemmnissen zu befreien und sie mit Baugelassen und öffentlichen Mitteln zu versehen. Da der Wohnungsbau amtlicherseits als gemeinnützige Sache betrachtet wird, soll die Baustoffherzeugung staatlich betrieben werden. Die Folgen dieser Maßnahmen sind handgreiflich: ein ungeheurer Aufschwung der Baugilde steht bevor, die ihrerseits zahlreiche Stellen in andern Gewerben weiden und stärken. Ein Stück Enteignung ist im Werden, eine ausgebeutete sozialistische Produktion wird errichtet, ohne daß davon viel Aufhebens gemacht, ja ohne daß diese Bezeichnung gebraucht wird.

Unnötig, zu sagen, daß von der so entfalteten englischen Hilfe die Baugenossenschaften der anderen Länder, die internationale gemeinnützige Produktion überhaupt nur den Aufstoß und frische Kraft erhält. Nicht geringer wird die Förderung sein, die das politische Streben der Arbeiterpartei in allen Teilen des britischen Weltreiches durch dessen Zentralleitung erfährt. Schon dieses einzige Beispiel erhärtet die Behauptung von Marx, daß mit einer Arbeiterregierung an der Spitze Englands die soziale Revolution Europas erst in das Reich der Wirklichkeit tritt.

Konzernbildung u. Arbeitsrecht

Wenn man die vom Deutschen Metallarbeiter-Verband herausgegebene Schrift über die Konzerne in der Metallindustrie durchsieht, kommt einem stärker als je zum Bewußtsein, in wie ungeheurer Maße die deutsche Wirtschaft bereits in wenigen Händen zusammengefaßt ist, welche Fülle von Macht und Reichtum sich in ihnen konzentriert und welchen Einfluß die Herrscher dieser Riesengebilde auf alle Seiten des deutschen Gemeinheitslebens haben müssen. Dies um so mehr, wenn sie einig sind und wenn die Folgen der Wirtschaftsnote immer mehr kleinere, kapitalschwache Betriebe zum Erliegen oder zum Anschlag an die mächtigen Führer nötigen. Man erschrickt, wenn man sich die Entwicklung ein wenig in die Zukunft hinein fortgesetzt denkt: Was wird die deutsche Republik bedeuten, wenn solche Mächte in ihr bestehen, die heute schon den schwachen Staat weitgehend unter ihren Einfluß gebracht haben? Und wie soll der Staat sich vor der gänzlichen Untermöglichkeit retten?

Er kann sich nur auf die Masse der Menschen stützen, auf seine Bürger. Von ihnen aber sind annähernd drei Viertel Arbeitnehmer. Auf den Millionen der Arbeiter, Angestellten und Beamten allein beruht die Möglichkeit einer Freihaltung des Staates von der Herrschaft der Konzernmagnaten. Aber diese Millionen sind zurzeit geschwächt durch die gleichen wirtschaftlichen Gründe, die den Staat schwach und die Konzerne stark gemacht haben. Die Gewerkschaften, die nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die politischen Rechte und Freiheiten ihrer Mitglieder schützen, dürfen sich nicht darüber täuschen, daß der Angriff der Großunternehmer zugleich mit dem Staate auch sie trifft. Das wäre der Fall, auch wenn nicht ganz offen die Unternehmerverbände die vermeintliche wirtschaftliche Schwäche der Gewerkschaften dazu benutzten, die von ihnen erzwungenen Fortschritte rückgängig zu machen, die Gesamtvereinbarungen (Tarifverträge) und Arbeitsgemeinschaften außer Kraft zu setzen, die Betriebsräte in den Hintergrund zu drängen und in aller Weise die Arbeitsbedingungen wieder zu diktieren.

Zugleich wird auch die arbeitsrechtliche Gesetzgebung abgehängt; fädelich nicht nur aus Übergangung der gesetzgebenden allmächtigen Reichsminister, sondern vielmehr unter dem Druck von Unternehmerseite, die in der Rentenbank eine neue Daumenschraube erlangt haben. Man darf sich nicht darüber täuschen, daß die Konzerne fähig sind auch willens sind, die sozialpolitischen Errungenschaften eines Jahrzehnts rückgängig zu machen.

Dazu wird es nicht einmal einer Aufhebung der neuen, auf der Verfassung und seinen Grundgesetzen der gleichberechtigten Mitwirkung der Arbeitnehmer bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen und bei der Entfaltung der gesamten wirtschaftlichen Kräfte beruhenden Gesetze bedürfen. Sondern die neuartige Zusammensetzung von Unternehmungen in eine Einheit, die Verschmelzung der verschiedenen Gesellschaften, die Schöpfung eigenartiger Rechtsformen, die nicht in das gewohnte Schema passen und den Steuergeboten zu entschlüpfen trachten, alles das wird auch einen Teil der arbeitsrechtlichen Gesetzvorschriften praktisch außer Geltung setzen. Ganz mindestens kann es geschehen; und es ist kaum zu zweifeln, daß derartige im Willen der Konzernführer liegt.

Deswegen ist eine klare Herausarbeitung der Beziehungen des Konzerns zum neuen Arbeitsrecht von weittragender Bedeutung für die Arbeiter und ihre Gewerkschaften. Denn wenn man ein Gesetz durchführt und gegen Sabotage verteidigen will, muß man es zunächst kennen; nicht nur in seinem Wortlaut, sondern vor allem in seiner praktischen Auswirkung auf die großen Unternehmerrörperschaften und ihre einzelnen Betriebe.

In Frage kommt vor allem die Betriebsverfassung. Was nützt ein Betriebsrat in einem Betriebe, der keine Handlungsfreiheit hat, der nur äußerlich, formell eine juristische Person darstellt, tatsächlich aber so abhängig von einer anderen Gesellschaft ist, daß er für das Steuerrecht schon als deren bloßer „Angestellter“ behandelt wird? Der Arbeiterrat kann die Arbeiter in mancher Beziehung schützen. Aber schon die Vereinbarung der Arbeitsordnung stößt auf Schwierigkeiten, wenn der Arbeitgeber selbst abhängig von dem Gebote eines Höheren ist. Das Mitglied im Aufsichtsrat verfehlt seinen Zweck, wenn der Aufsichtsrat im Grunde nichts zu beschließen hat. Der neue, leistungsfähige, wenn auch erst schwach verwirklichte Gedanke einer Mitwirkung der Arbeiter an der Gestaltung der Produktion ist tot. Er kann nur lebendig werden durch die Verknüpfung der Betriebsräte in allen beherrschten Betrieben zu einer Einheit, die in gleicher Weise wie die kapitalistische auch eine soziale Gesamtleitung des Konzerns schafft. Aber dazu fehlen die gesetzlichen Voraussetzungen; denn die Bestimmungen über gemeinsame oder Gesamtbetriebsräte werden häufig nicht zutreffen, und wenn ja, dann meist auf den Widerstand der Unternehmer stoßen. Diese verfügen über geschulte und zum Teil recht tüchtige Juristen, die das Gesetz zum Vorteil ihrer Auftraggeber zu wenden wissen. Ihnen müssen die Betriebsräte beim Gewerkschaften Männer mit gleichem Fachwissen entgegenstellen, wenn sie nicht auf den wichtigsten Teil des neuen Arbeitsrechts, die konstitutionelle Verfassung im Betriebe, verzichten wollen.

Aber auch auf anderen Gebieten wird die Konzernbildung sich auswirken. Fragen wie Konkurrenzklausein, Ausnutzung von Erfindungen, die allerdings vorwiegend für Angestellte Bedeutung haben, werden wesentlich davon berührt. Und noch wichtiger ist natürlich die praktische Durchführung der Gesetze, die dem Arbeitnehmer nichts nützen, wenn sie auf dem Papier stehen bleiben. In dem sonst rein kaufmännisch-technisch eingestellten Konzernmännchen des DRS ist an einer Stelle auf diese Bedeutung

